

Freitag, den 18. Februar 1921

Einzelnummer 25 Pf.

32. Jahrgang — Nr. 41

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: je Millimeter für geschätzte Anzeigen aus Schlesien
220 M., auswärts 250 M., Eisenmühle 250 M., Kattowitz unter 200
Stellengebude, Vereine, Verbindungen und Wohnungsbauvereine 0,50 M.
zu vorausgenommenen Preisen tritt ein Steuerzuschlag von 20% hinzu.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vor mittag 15 Uhr (Tag vorher) in der Haupt-
redaktion Plaustraße 46 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktägige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.

Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 3852.

Bezugspreis: Die "Volkswacht" erscheint wöchentlich 8 mal und in
Zweitfolge Plaustraße 29, bei Juras, die Durchhandlung der "Volkswacht"
220 M. monatlich 2,50 M., überjährlich 15,50 M. (einfaches Beziehungs-
gebühr), durch die Post bezahlt vierfachjährlich 15,50 M. (ohne Beziehungs-
gebühr) und im Jahr durch die Post monatlich 0,10 M., vierfachjährlich 15,50 M.

Dutschissen und Landtagswahl.

Die Dutschissen flirren!

Die Dutschissen hoffen auf Severings Sturz. Wie unangenehm den Rechtsputschisten unsere Mitteilungen über die Geheimorganisation der bewaffneten Baltikumer in Schlesien sind, geht daraus hervor, daß sie sich sofort daran gemacht haben, den Eindruck durch Gegenentholungen zu verwischen. Die "Schlesische Tagespost" ließ sich prompt aus Berlin (!) melden, daß die Kommunisten in Schlesien Umsturzpläne hätten. Leider hat der Breslauer Polizeipräsident, der es anscheinend vor der Wahl mit keiner Seite verderben will, diesen schwachen Gegenanschlag gegen unsere vielbeachteten Mitteilungen dadurch unterstützt, daß er die kommunistische "Arbeiterzeitung" wegen eines blöden Artikels vor den Richter zerrt. Wir sind der Meinung, daß nicht diejenigen Leute gefährlich sind, die öffentlich in Artikeln mit Gewaltdrohungen das Maul vollnehmen, sondern diejenigen, die heute noch in aller Stille ihre Freunde sammeln und bewaffnen, morgen aber, wenn die Wahlen ihnen Severing aus dem Weg geräumt haben sollten, fertig gerüstet dastehen.

Dass die Kommunisten in Schlesien ungefährlich sind, muß übrigens einen Tag später gegenüber der aus Berlin gekommenen Weisheit der "Tagespost" auch der Polizeipräsident bestätigen, der eine Mitteilung verschickt, wonach die Kommunisten in Schlesien solche Pläne wohl haben mögen, aber zur Durchführung viel zu schwach seien, außerdem ist seiner Behauptung — und man kann verstehen, auch der Orgesch — jeder Schritt der Kommunisten bekannt. Die Kommunisten sind also wieder einmal nur die dummen Kerle, die den Rechtsputschisten den Anlaß und die Entschuldigung für ihre Unverhältnisse geben. Beide aber, Rechtsputschisten und Linksputschisten, arbeiten Hand in Hand auf den Sturz des sozialdemokratischen Ministers Severing hin, der ihre Bürgerkriegspläne unterdrückt. Deutsche Nationalen Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Kommunisten sind sich in diesem Ziele einig, wenn auch ihre Flugblattleser und Anhänger meist nicht wissen, wohin der Wagen fährt.

In der "Schlesischen Zeitung" werden ängstliche Gemüter über unsere Mitteilungen beruhigt. Das menschliche wird nicht mitgeteilt, der Rest abgeleugnet, der Frei spruch der Orgesch aber wird gefeiert. In das juristische Gewissen der "Schlesischen Zeitung" richten wir aber heute noch einige Fragen. Ist es Bildung bewaffneter Banden oder nicht, wenn Orts- und Landesräte eingeteilt werden und wenn in gewissen Gesellschaftsklassen bereits Zwangsaushebung für die Orgeschformationen stattfindet? Wir denken da zum Beispiel an ein Rundschreiben des Bezirksleiters Dr. Josephy von der Orgesch Niederschlesiens, das uns in mehreren Exemplaren vorliegt. Es werden darin Maßnahmen angeordnet, nach denen „auf denjenigen mit dem Finger gezeigt werden kann, der noch nicht unser Mann ist.“ Und für die friedlichen Zwecke der Orgesch sprechen wohl auch die von ihr angefertigten schwarzen Listen, von denen manchmal ein Exemplar verloren geht, und auf denen gerade auch solche Persönlichkeiten stehen, von denen man Gegenmaßnahmen gegen Gewaltstreiche zu erwarten hat. Dafür spricht auch die den Orgesch-Mitgliedern, diesmal wieder Niederschlesiern, von der Bezirksleitung in die Hand gebrachte Reklame für Engels "Hausschubombe!“ O ja, die Orgesch ist harmlos und waffenlos!

Wie sich Baltikumer und Orgesch Waffen verschaffen, haben wir schon verschiedentlich angedeutet. Ein Weg dazu ist: Beitritt zur Technischen Not hilfe. Der Beitritt zu dieser Organisation steht ja jedem frei, der die Säugungen unterschreibt. Für Orgesch und Baltikumer ist er Mittel zum Zweck, um Waffen zu bekommen. Bis vor einiger Zeit erhielten nämlich Mitglieder der Technischen Not hilfe als solche Waffenabschüsse. Das hat inzwischen allerdings durch eine Verfolgung des Oberpräsidenten bzw. des Finanzministers aufgehört, aber das ist entsprechend den gewissen ländlichen Stellen noch nicht bekannt.

Die "Schlesische Arbeiterzeitung" fragt, ob nicht der Genosse Seine lange genau Reichsjustizminister war, der unter den Richter aufzutreten. Nein, er war es nie, und zweifellos ist sein Name noch ein schwerliches Mindestmaß an Erfahrung. Das Kommunistenamt ist

Severing, weil er nicht die Arbeiterschaft zum Sturm vor die Maschinengewehre der Orgesch treibt. Das werden wir Sozialdemokraten auch weiterhin nicht tun. Die Wähler mögen uns die legalen Mittel in die Hand geben, um den Putschisten das Handwerk zu legen und Deutschland vor neuen schweren innen- und außenpolitischen Konflikten zu schützen. Severing hat es bisher geschafft und würde es auch weiter schaffen. Die Wähler haben das Wort.

Sagt es noch einmal den Unentschlossenen!

Der Sieg der Rechtsparteien macht den bewaffneten Organisationsbanden die Strafe frei!

Der Sieg der Rechtsparteien ist das Ende der Höchtmietendenverordnung und der Anfang eines rießigen Mietzinswuchers und weiteren Vermehrung der Wohnungsnot!

Der Sieg der Rechtsparteien ist stärkere Steuerbelastung und stärkerer Preiswucher gegen die kleinen Leute, er ist ein Sieg der großen Kapitalisten, die die Wahlpaganda der Rechten bezahlen!

Der Sieg der Rechtsparteien bedeutet für alle Beamten: Hände an die Hosennäht!

Keine Stimme für die Kommunisten schadet der Rechten. Die K. P. D. kämpft, genau wie die Rechtsparteien, und sogar im Bunde mit ihnen, nur die Sozialdemokratie.

Stimmen für die bürgerlichen Mittelparteien fallen nichts ins Gewicht. Demokraten und Zentrum schwanken hin und her.

Sozialdemokratische Führung in Preußen bedeutet Reform der Verwaltung, die nicht mehr Korpsstudenten allein gehören darf, Beseitigung der Klassenjustiz.

Sozialdemokratische Führung in Preußen bedeutet Fortsetzung der Schulreform.

Sozialdemokratische Führung in Preußen bedeutet Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungswucher, gegen das ganze System der „freien“ Wucherwirtschaft.

Sozialdemokratische Führung in Preußen bedeutet Sicherung der Demokratie und dadurch Erleichterung der Verhandlungen mit dem Ausland.

Sozialdemokratische Führung in Preußen bedeutet arbeiterfreundliche deutsche Politik, die die öberschlesischen Arbeiter für Deutschland werben kann.

Die Polen hoffen auf „Zug nach rechts“ in Preußen.

Aus Böhmen wird uns gemeldet: Unter den polnischen Bergleuten nimmt die Agitation für die öberschlesische Abstimmung von polnischer Seite ihren Höhepunkt, obwohl die Einzeichnung in die Stimmlisten bereits beendet ist. Die Polen hoffen augenscheinlich, auch solche geborene Oberschlesier noch für sich gewinnen zu können, die anfangs deutsch geworden wollten. Auf polnischer Seite wird jetzt vor allem darauf hingewiesen, daß die Preußenwahlen infolge der nunmehrigen Geldmittel des Rechtsparteien einen Zug nach rechts bringen werden, und dann in ganz Deutschland eine arbeiterfeindliche Politik beginnen wird. Die politische Agitation liegt jetzt anscheinend ganz in den Händen von gebürtigen Oberschlesiern.

Keine Überschichten im Ruhrbergbau mehr!

In einer Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände ist beschlossen worden, das Überschichtenabkommen für den Ruhrbergbau zu kündigen, so daß vom 13. März an keine Überschichten mehr verfahren werden, vorbehaltlich weiterer Verhandlungen.

Zwei Gründe dürfen die Bergarbeiter, die in dieser Frage ohne Unterschied der freigewerkschaftlichen oder christlichen Richtung, geschlossen vorgehen, zu der Kündigung der Überschichten veranlaßt haben: die Verschleppung der Kohlesozialstaatierung durch die Reichsregierung und die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets nach den Londoner Verhandlungen. Sie behalten sich weitere Verhandlungen vor, wollen aber Überarbeit nicht als Sklaven, sondern nur als freiwillige Helfer der Wirtschaftsgemeinschaft des Volkganges leisten. Ein Hinweis auf die Mächtigkeiten der Arbeiterklasse, die in ihrer wirtschaftlichen Unentbehrlichkeit liegen. Mögen diese unsere schärfsten Waffen nicht leichtfertig herausgefordert werden!

Die „Kreuzzeitung“ für die U. S. S.!

Die „Kreuzzeitung“ vom Mittwoch abend bringt folgende Wahlbetrachtung, die in allen Betrieben plakettiert zu werden verbindet:

In Preußen wird es jetzt ganz besonderer Anstrengungen bedürfen, wenn das Ziel, der jetzige sozialdemokratisch bestimmte Regierungskoalition den Boden zu entziehen, erreicht werden soll. Denn nach den Reichstagswahlen im Juni vorherigen Jahres hat das preußische Statistische Landesamt berechnet, daß die Ergebnisse der Reichstagswahl in den preußischen Landesteilen zwar die Mandatsziffer der Regierungsparteien von 307 auf 221 herabgesetzt hätten, doch aber diese 221 Mandate immer noch gegenüber den 188 der Opposition die Mehrheit gebildet hätten. Es wird also am nächsten Sonntag wesentlich besser gewählt werden müssen, als im Juni vorherigen Jahres, wenn die Sozialdemokratie aus der Regierung ausschaltet werden soll. Aber es wird um so schwerer sein, dieses Ziel zu erreichen, da zwischen im sozialdemokratischen Lager unzweckmäßige eine Verschiebung auf Kosten der oppositionellen Unabhängigen zugunsten der Mehrheitssozialistischen Partei funden hat.

Das ist wenigstens offen gesprochen. In Preußen soll statt des Genossen Braun ein junger Ministerpräsident werden. Junter sollen das Innere und die Landwirtschaft verwalten, ein orthodoxer Konfessionär soll Unterrichtsminister werden. Dieses Ziel ist aber verdammt schwer zu erreichen, weil zuviel Arbeiter sozialdemokratisch und zu wenige unabhängig wählen. Datum versiegt die „Kreuzzeitung“ den Fortschritt der Sozialdemokratie und der Rückgang der Unabhängigen in schweren Sorgen.

Dieses Geständnis der „Kreuzzeitung“, daß sie jede U.S.S.R. Stimme als ihren eigenen Gewinn, jeden Verlust der U.S.S.R. als ihren eigenen Verlust sieht, müßte eigentlich die Knechtängigen und zugleich die Kommunisten, für die natürlich das gleiche gilt, für jeden bestehenden Arbeitgeber praktisch erledigen.

Vor neuer Spaltung.

Das nationalbolschewistische Treiben bei formell offizieller Begründung Gras und Lippmanns bei seinem zum 1. Januar ausgeführten Vertragszoothum kommt von der sowjetischen Parteiorganisation, als um von kommunistischen Staatsbeamten Städten eine gezielte Ausdehnung erledigen. Gegenstand der Stellungnahme der kommunistischen Partei ist das Zentralkomitee der K. P. D. und seine neue Arbeit, in ihrer getrennten Sitzung befehligen Otto Thomas und Otto Graf und andere bei bestimmen Sachverhalten in den verschiedenen Partei-Ausschüssen der sozialdemokratischen und kommunistischen Kommunisten zur U. S. S. zu bestimmen. Sie sind nunmehr bestimmt, in ihrer getrennten Sitzung befehligen Otto Thomas und Otto Graf und andere bei bestimmen Sachverhalten in den verschiedenen Partei-Ausschüssen der sozialdemokratischen und kommunistischen Kommunisten zur U. S. S. zu bestimmen. Sie sind nunmehr bestimmt, in ihrer getrennten Sitzung befehligen Otto Thomas und Otto Graf und andere bei bestimmen Sachverhalten in den verschiedenen Partei-Ausschüssen der sozialdemokratischen und kommunistischen Kommunisten zur U. S. S. zu bestimmen.

unserer Industrie künstlich niedrig erhalten und dadurch die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie im Ausland noch mehr erhöht, als sie ohnehin durch die ganze Entwicklung des Geldwertes erhöht ist.

Nun hat das allerdings in den Staatsfinanzen sehr verherrende Wirkungen gezeigt. Sie haben in den letzten Tagen gesehen, dass wir es gleichzeitig zu einem Defizit von 42 Milliarden Kronen gebracht haben, was für einen Staat mit sechs Millionen Einwohnern eine sehr beachtenswerte Leistung ist. Von diesen 42 Milliarden entfallen nicht weniger als 21 Milliarden, also exakt die Hälfte auf das, was der Staat auf Brot, Mehl u. Fett darzahlt. Es ist ganz klar, dass der Staat auf die Dauer das nicht ausstehen kann. Die Regierung hat sich nun nicht anders zu helfen gewusst, als dass sie das Altersrenteprinzip vorgeschlagen hat: eine Bruttoreise- und Mehlpriesterehrung, die ungeheuerlich geworden wäre. Wir haben uns dagegen zur Wehr gesetzt und haben verlangt, dass der Unternehmer, die dank dieser Subventionswirtschaft an Arbeitnehmern ersparten, den Staat durch eine besondere Steuer entlasten, so dass sie per Arbeiter das bezahlen, was ihnen der Staat Arbeitsschön erparst. Ich kann Ihnen nun mitteilen, dass bei der Industriekonferenz, die auf unsere Veranlassung einberufen und auf der die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und Unternehmern verhandelt wurden, im wesentlichen eine Einigung erzielt wurde, dass eine Bruttoreise- und Mehlpriesterehrung für die Arbeiter nicht eintreten wird, sondern dass statt dessen die Unternehmer dem Staat eine Steuer beziehen werden. Aber es ist noch nicht die Lösung des ganzen Problems; denn es handelt sich um die Frage, wieviel soll der Unternehmer dem Staat beziehen?

Es ist da aus den Reihen der Unternehmer selbst folgender Gedanke aufgetaucht: Der Staat zahlt zwanzig Milliarden oder auch etwas mehr auf die Lebensmittel dar. Die Industrie soll dem Staat das entziehen. Die Industriellen sollen zu den bisherigen Steuern dem Staat die jährliche Separatsteuer zahlen, so dass er zu den Leben titeln der Arbeiter und Angestellten nichts mehr drauzahlen lässt. Dann erspart der Staat den schrecklichen Banknotenandruck. Der Gesamtwert werde mehr steigen und für die Industrie mache es viel mehr aus, wenn der Geldwert höher wird, als die Steuern, die sie zahlen müssten. Das ist ein Vorschlag, der ja sehr großzügig erscheint, wenn man sich erinnert, wie die Industriellen sonst über jede Steuer schreien, und man könnte sich über ihre Opferwilligkeit freuen. In Wahrheit ist der Plan nicht durchzuführen; es liegt in ihm die größte Gefahr. Denn wenn die Industriellen die Steuer so hoch erlässt, dass wirklich der Brot- und Mehlpriest ganz gedeckt wird, dann bedeutet das, dass die Produktionskosten unserer Industrie auf das Weltmarktniveau gehoben werden, das heißt, dass die Produktionskosten nicht mehr niedriger sind als im Ausland, sondern höher werden wegen der schlechteren Beschäftigung, wegen der ungureichen Kohlenversorgung, und dass dann die Krise und die Arbeitslosigkeit, die heute im Ausland herrscht, in mindestens ebenso starkem Grade bei uns eintreten würde. So wahrhinnig es erscheint, dass der Staat auf Lebensmittel drauzahlt, so ist dies doch das kleinste Leben, das wenn wir in einer industriellen Krise mit großer Arbeitslosigkeit hineinstürzen. Deshalb werden wir auch weiterhin den Standpunkt zu vertreten haben: Ordnung in den Staatsfinanzen hergestellt ist auch unser, ist aber das zweite Interesse. Das zweite Interesse ist, dass der Staat diesen

Prozess der wirtschaftlichen Wiederherstellung nicht fört.

Und dieser Prozess kann sich nur auf der Grundlage vollziehen, dass die Produktionskosten hier immer etwas niedriger als im Ausland bleiben. Den Staatsfinanzen kann dadurch nicht geholfen werden, das man die Bürokratie über die Industrie setzt oder der Industrie gegenübersteht, sondern dadurch, dass man die Industrie selber organisiert, zu dem Zweck, um den Staat an dem Erfolg der Industrie zu beteiligen, so dass in dem Maße, als die Erfolge der Industrie wachsen, automatisch auch der Anteil des Staates an diesen Erfolgen mitwächst und dem Vorteil hat, dass einerseits in dem Maße, als die Volkswirtschaft sich erholt, auch das finanzielle Problem sich von selbst löst und dass andererseits der Staat nicht etwa brutal eingreift, sondern der Industrie nicht mehr auferlegt, als sie nach dem Grade ihrer Erholung jeweils wirklich ertragen kann. Es ist leicht möglich, dass wenn man zu einem solchen Steuersystem kommt, gerade in Rahmen einer solchen Organisation den Betrieb erneut ganz neu aufzubauen der Mitkontrolle erwachsen können.

Aber dieser Wiederaufbau hat einen zweiseitigen Charakter. Der Wiederaufbau bedeutet einerseits, dass wir wieder arbeiten können, dass wir wieder Rohstoffe haben, dass wir wieder dazu kommen, mit dem Export unserer Produkte zu rechnen, mit uns wieder reichlich versorgen können; aber er bedeutet auch den

Wiederaufbau einer kapitalistischen Volkswirtschaft, noch einer vom fremden, vom ausländischen Kapital kontrollierten Volkswirtschaft. Und darin liegt die Gefahr — färschen diese —, dass dieser Wiederaufbau der Volkswirtschaft auch wieder eine Festigung des Kapitalismus bedeuten und dadurch unsere Hoffnungen auf die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft und auf ihre Überführung in die sozialistische Form zerstören könnte.

Der Kasseler Kommunistenprozess.

2. Tag.

Rechtsanwalt Dr. Wolff begründet darauf einen Haftentlassungsantrag für sämtliche sieben Angeklagten. Er erinnert an Fälle wie

Marcos, Kessel, die Marburger Studenten, Pfeffer, Röhrbach, die sämtlich als Angeklagte nicht in Haft genommen wurden, obwohl es sich bei ihnen zum Teil nicht bloß um politische Verbrechen, sondern sogar um gewisse Verbrechen handelt. Der Verteidiger sagte: Ich will gern zugeben, dass das Gericht nichts getan hat, um die Offenheit zu beeinflussen, aber ich muss bei dieser Gelegenheit auf das Vorbringen des Staatskommisars für öffentliche Ordnung hinweisen, den der Vorwurf trifft, dass er die Offenheit einseitig beeinflusst hat.

Die Angeklagten sind auch nach Aussicht des Verteidigers keine Verbrecher, sondern politische Angeklagte. Ein dringender Tatverdacht liegt nicht vor. Das vorhandene Material, nämlich unvollständige Soldbücher, Landkarten usw., stellen bloß Vorbereitungsmaterial dar, aber keinen Veruch, eine Karte Armes zu gründen. Die vorgefundene Waffen sind lächerlich gering, wenn man bedenkt, dass die Anklage auf Bildung einer Roten Armee lautet. Sehen Sie sich doch andere Fälle an. Der Direktor des Chenhotels, der den hungrigen Kindern Berlins Milch entzog, um sie zu Schlafgäste für eine feststehende Gäste zu verwenden, wird nach rechtstrittigem Urteil aus der Haft entlassen. Chenjo Hauptmann Kessel und viele andere. Daher bitte ich Haftentlassung auszuzeichnen.

Der Staatsanwalt spricht dagegen. In einem politischen Prozess kann vor der Gerechtigkeitstheorie keine Rebe sein, es muss nach der Gerechtigkeitstheorie vorgegangen werden. Die Prozesse Birndorf, Kessel, Marcos usw. können doch nicht herangezogen werden, denn wir kennen sie doch nur aus den Zeitungen. (1)

Das Gericht beschließt, gegen Haftentlassung und Tatsachen auf den Antrag auf Haftentlassung abzulehnen.

Der Verteidige will sich sodann von jedem Angeklagten im Bild seines geistigen Fähigkeiten verabschieden, indem er jedem einen Lebenslauf und die Entwicklung seiner politischen Leidenschaft erzählt. Die sieben Angeklagten werden auf der Schwelle ihrer Freilassung angeschnitten. Marcos kommt aus Reichs-Sternberg, ist also Ausländer.

Er, wie die meisten anderen Angeklagten, ist nur wenig über die zwanzig hinaus. Ein wechselndes Bild entrollt sich bei der Erzählung der anderen Angeklagten. Der Lehrer Wilhelm Zeiler zum Beispiel war im Kriege deutscher Offizier und hat das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten. Professor Eisbachers Buch über "Deutschland und der Sozialismus" hat ihn der K.W.D. zugeschaut. Sie ist die erste Partei, der er angehört. Katholisch erzählt der Kontrollgehilfe Schäfer von seiner fröhlichen Jugend. Der Vater ist als Schwerarbeitskolosse geforben, der Junge gelangte auf dem Wege über den Katholischen Junglingsverein 1913 in die Arbeiterjugend. Er kann wegen Buhmangel nicht studieren. Nach dem Kriege hat er sich dem Spartakusbund angegeschlossen. Der Expedient Heinrich Rabitsch, der wegen eines lahmen Fußes militärisch hätte abschaffen müssen, erzählt, wie er trotz seines Gehbehrens eingezogen wurde, weil er mit der Betriebsleitung als Vertrauensmann Zusammenstöße hatte.

Darauf wird Harbig über das bei ihm vorgefundene Material vernommen. Er gibt an, wir wollten uns bloß für den Fall eines Pusses von rechts sichern. In unseren Konferenzen haben wir niemals besprochen, angreifend vorzugehen, ohne dass ein Rechtsputz vorher eingezogen wäre.

(Schluss folgt.)

Das Urteil im Köthener Prozess.

Im vierten Köthener Kommunistenprozess verurteilte das Gericht sämtliche 25 Angeklagten zu Gefängnisstrafen von vierzehn Tagen bis zu 3 Monaten. — Der Staatsanwalt hatte für die jugendlichen Angeklagten Freisprechung beantragt. — Jugendliche Kommunisten sind sich natürlich über ihr Freibier klar. Nicht klar ist sich nur der Waldenburger Oberschleifer Müller!

Breslau (Land)-Neumarkt.

Aus dem Wahlkampf.

Polnisch-Rendorf. Deutschnationale Versammlung. Hier sprach an Stelle des Studienrats Kinder ein Herr Langner aus Breslau. Dieser gute Herr, der wahrscheinlich die erste Versammlung in seinem Leben abgeschlossen hat, ist aber gleich bereitgesetzelt, denn dieser Vortrag war alles andere, nur nicht ein Vortrag wie ihn die Wähler aus dem Lande brauchen, oder hören wollen. Das hat wohl auch Herr Lautner, sowie der Herr Küter bald eingesieht. In der Ausprache meldete sich Genosse Schäffer aus Schmölln, der den Vortrag des Herrn Langner verplätszte und so den deutschnationalen Herrschäften die arbeiterfreundliche Waffe von Gewicht gab. Während beim Referieren bei Sitzung seiner Frede tüchtige herrsche, endigte unser Genosse Schäffer unter brausendem Beifall.

Klein-Lichtenau. Deutschnationale Wählervereinigung. Eine deutschnationale Wählerversammlung fand hier am Sonntag, den 13. d. Wts. statt, in welcher Herr Lutz einen geschäftigen Vortrag hielt, ungefähr so, wie er es in der Universität gelernt haben mag. Nebenbei hob er als deutschnationale Lehrgesetz die "Berdiente" Wilhelm des Letzten hervor. Genosse Blümke-Breslau (vom Bückerverband) sprach ihm jährling entgegen und bewies, dass Hohenpöllern und deren Bereich nur Gefolspolitik treiben. Nachdem noch ein alter Genosse auf die Sozialistenselbstverfolgungen der über Jahr hinweg, brachte Genosse Schäffer unter Ortsgruppenführer, ein Dokt auf die internationale Sozialdemokratie aus, in das der allergrößte Teil der Versammelten begeistert einstimmte. Danach forderte Schäffer diejenigen, die es mit der Sozialdemokratie ehrlich meinen, auf, den Saal zu verlassen, und siehe da, die Herren waren unter sich. Dies zeigt, dass die Stimmung am Orte nicht danach ist, sich wieder unter die Junktneute stiegeln zu lassen. Am 20. Februar werden die Arbeiter es beweisen.

Oberhof. Wählerversammlungen. Am 2. Februar hielt Genosse Schäffer aus Schmölln hier eine sehr gut besuchte Versammlung unter dem Thema „die Preisenwahl und ihre Bedeutung“ ab. In längeren Ausführungen schilderte er, wo die eigentlich heimliche Preisen, sowie der Einheit des Deutschen Reichs zu finden sind, die Gegner behaupten jetzt in allen ihren öffentlichen Versammlungen, dass die Sozialdemokratie das alte Preisen zerstören will, was aber gerade im Gegenteil der Fall ist. In der Ausprache meldete sich der Genosse Lehrer Konsolle, wie man die insbesondere die Religions- und Schulfragen kreiste, weil auch hier die Gegner immer behaupten, dass die Sozialdemokratie die Religion aus der Welt schaffen wollen. Bodo Kednitz ernteten reichen Beifall. Tellerstimmung 29 Mark.

Reinhard. Deutschnationale Versammlung. Am 8. Februar sprach Genosse Schäffer aus Schmölln über das Thema „die kommenden Wahlen“. In treffenden Worten schilderte er, welche Bedeutung die Wahlen für die arbeitenden Stände haben. In der Ausprache betonte Genosse Konsolle aus Saderwitz besonders den Standpunkt der Sozialdemokraten gegenüber der Schule und der Kirche. Eine Tellerstimmung ergab 16 Mark. Kripau. Deutschnationale Versammlung. Am 9. d. Wts. fand hier eine gut besuchte Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Schäffer aus Schmölln über das Thema „die kommenden Wahlen“ sprach. In der Ausprache meldete sich ein Wirtschaftsbeamter, der aber bald unter dem Gefüchte der Umweltenden wieder schwieg. Genosse Schäffer gab ihm im Schlusswort die gehörige Antwort. Tellerstimmung 12 Mark.

Niederhof. Wahlen. Hier fand eine Versammlung der deutschnationalen Volkspartei statt. Als Redner war ein gewisser Herr Kotke erschienen, um die anwesenden Zuhörer durch seine Ausführungen zu langweilen. Er erklärte die Sozialdemokraten als Landesverräte, sprach von einer zusammengehörigen Front, an der die Sozialdemokratie, die alleinige Schuld trage usw. In der Ausprache traf ihm Genosse Konsolle entgegen, welcher Punkt für Punkt seiner Ausführungen widerlegte und den anwesenden zeigte, wie gerade die Deutschnationalen es waren, welche uns in das deutsche Elend hineingetrieben haben. Herr Kotke versuchte die Ausführungen des Genossen Neumann zu entkräften, aber er hatte die Rechnung umsonst gemacht. Als er mit seinen Ausführungen zu Ende war, trat ihm Genosse Knoblauch entgegen, und ging mit beiden Rednern schärf zu Gericht. Wenn es den Deutschnationalen überall so ergehen sollte, durften sie nicht viel Erfolg haben.

Aus der Provinz Schlesien.
Achtung, Parteifunktionäre des Agitationsbezirks Mittelschlesien!

Zweck Übermittlung des Wahlresultate an das Bezirks-Sekretariat ist das des Bezirks-Sekretariats durch folgende drei Telephonnummern telefonisch zu erreichen: a) Ring 4005 (Bezirks-Sekretariat), b) Ring 2700 (Gewerkschaftshaus), c) Ring 1811 (Metallarbeiter-Verband).

Der Bezirksvorstand.

3. W. Schlich. Sonette.

Nachlänge aus den Augusttagen
im Oberlausitzer.

• Das Kärrnig wird uns gekreist:

Nach dem Sondergericht der Internationalen Kommission wurde gegen die Gewerkschaftssekretäre Schulz, Karger, Dittmer und den Parteisekretär Pauline aus Kärrnig wegen Beleidigung eines Beamten verurteilt.

ethnisch, in ganz Oberschlesien Massendemonstrationen statt gegen den Durchzug interalliieter Truppen, Waffen- und Munitionstransporte zur Unterstützung Polens gegen Sowjetrussland. Auch auf dem Marktplatz in Kattowitz hatte sich eine riesige Menschenmenge angekummet.

Vor dem Ansiedelgebäude des französischen Kreiskontrolleurs in Kattowitz, Oberst Blanchard, sammelte sich gegen 10 Uhr abends eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, die lärmisch die Entwaffnung und den Abzug der Truppen forderten, die Entmilitarisierung und den Abzug der Truppen forderten, die wilde Demonstration nach der anderen drängte sich in das Zimmer des Oberst Blanchard. Wie die Zeugen befürchten, waren zeitweise fünfhundert schräg stehende Personen anwesend. Kein Wunder, doch es blieb nichts. Ein unbekannter Kriegsveteran legte sich besonders als Sprecher hervor und drohte, die Menge würde das Gebäude in die Luft sprengen, wenn die Franzosen nicht schleunigst aus Kattowitz verschwinden. In dieser französischen Situation telefonierte Oberst Blanchard selbst den damaligen Leiter des Bezirksamtes der freien Gemeinden Oberösterreichs, Kubil, an und erfuhr ihn, in die Kreiskontrolle zu kommen. Kubil folgte dieser Aufforderung. Zum Abschluss sich die Angeklagten Karger, Lauschner und Dittmer an.

Nun behauptet die Anklage, Kubil hätte sich die Fortsetzung der Menge auf Entwaffnung und Abzug der Franzosen zu eigen gemacht und sie dem Kreiskontrolleur gegenüber vertraten. Dieser Angeklagte war bei der Verhandlung nicht anwesend.

Die drei Wittangelagten Karger, Lauschner und Dittmer sollen für der Beispiele zum Verbrechen der Beamteneinhaltung dadurch schuldig gemacht haben, dass sie der Forderung des Angeklagten Kubil auf Entwaffnung und Abzug der französischen Truppen nicht widerstanden haben. Eine recht merkwürdige Auslegung. Die Freie sind doch eigentlich vom Kreiskontrolleur persönlich gebeten worden. Sie waren also auf keinen Wunsch im Kreiscontrollgebäude. Wenn sie sich also zu dieser Frage nicht äußerten, so ist dies das mindeste, was sie nach menschlichem Ermessens überhaupt tun konnten.

Immerhin hat sich der überflüssige beladenen Gerichtshof der Internationalen Kommission in diesem Falle korrekt benannt. Er hat die Dinge angesehen, wie sie in den traurigen Augusttagen des vorigen Jahres wirklich lagen. Nur gegen den Angeklagten Kubil, der sich außerhalb des Wilmersdorfer Gebietes befand, lagen einige, im Grunde auch unrechtmäßige Verdachtsgründe vor. Sein Fall musste aber unerledigt bleiben. Das Gericht begnügte sich also, einen Haftbefehl gegen ihn zu erlassen. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Neuwahl von Beisitzern bei dem Berggewerbege richt Waldenburg.

(Amtlich.) Die Reichsregierung hat in der Verordnung vom 12. Mai 1920 auch für die Gewerbegebiets die Wahlen der Beisitzer nach den Grundsatzen der Verhältniswahl normativ bestimmt. Infolgedessen sind von dem Preußischen Minister für Handel und Gewerbe am 16. Dezember 1920 neue Anordnungen über die Vergleichung und die Tätigkeit des Berggewerbegerichts Waldenburg erlassen worden. Die Anordnungen teilen, sowohl sie die Wahl der Beisitzer abweichen von den bisherigen Vorschriften regeln, sofort, im übrigen am 1. April 1921 in Kraft und erneut die Anordnungen vom 30. Dezember 1911 mit ihren Nachträgen.

Der Bezirk des Berggewerbegerichts Waldenburg umfasst, wie bisher den Stadt- und Landkreis Waldenburg, sowie die Landkreise Landeshut und Neustadt. Es ist ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes zuständig zur Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis für die im Gerichtsbezirk liegenden Steinbrüche und Gräberwerke. Als Arbeiter im Sinne der Anordnungen gelten auch Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen besetzte Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt dreizehnundzwanzig Mark nicht übersteigt.

Das Berggewerbegericht besteht aus je einer Kammer in Waldenburg und Neustadt, mit zusammen 50 Beisitzern, die je zur Hälfte aus den Arbeitgebern, sowie aus den Arbeitern und Angestellten auf die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Die Wahlberechtigung beginnt mit der Vollendung des 20. Lebensjahrs, die Wahlbarkeit seit die Vollendung des 30. Lebensjahrs vorangs, auch weibliche Personen sind zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt.

Der Bezirk jeder Kammer bildet einen Wahlbezirk; die Wahlbezirke werden in Stimmbzirke eingeteilt, die von den selbstständigen Betriebsanlagen der jeder Kammer zugewiesenen Steinbrüchen- und Gräberwerke gebildet werden. Zur Durchführung der Wahlen hat das Oberbergamt in Breslau für jede Kammer einen Wahlkommissar, den Revierbeamten des Bergamtes Ost-Waldenburg. Bergrat Werne in Waldenburg ernannt, der die Bildung der Wahlauflösung und der Wahlauflöschen zu erlassen hat, worin zur Einziehung von Wahlzögern aufgefordert wird. Die Liste der Wahlberechtigten hat der Wahlvorstand aufzustellen. Die Wahl der Beisitzer, die gesondert für Arbeitgeber und Arbeiter erfolgt, ist unmittelbar und geheim.

Das Berggewerbegericht kann bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis auch als Einigungsamt angerufen und von den Staatsbehörden zur Abgabe von Gutachten über berggewerbliche Fragen herangezogen werden.

Wolgitz-Camenzwitz. Deutschnationale Theorie und Praxis. Den Unterschied zwischen diesen beiden Dingen kennzeichnen die beiden Versammlungen in Wolgitz und Camenzwitz, die beide von unserer Partei einberufen waren. In letzterem Orte sprach am 11. Februar nach dem Vortrag des Genossen Schmidel der deutschnationale Parteisekretär Herr Kopatz, in durchaus zuhause Weise. Seine Partei freunde sitzten jedoch für diesen Ton kein Verständnis zu haben, sie enthielten sich jedenfalls.

Im jüngsten Gegenjag zu dem Theoretiker Herrn Kopatz stehen auch die deutschnationalen Parteibürger, welche am 7. Februar in Camenzwitz ihr Parteiprogramm praktisch auslegten. Nicht weniger als 8. Wirtschaftsbeamte, ein Herr v. Jesdinek und ein Agitator versuchten zunächst mit „geistigen“ Waffen Genossen Kopatz, Schäffer zu bekämpfen, und da ihnen das sehr bedeckt völlig vorkeilte, wollten einige dieser Herren es praktischer machen. Besonders der Inspektor aus Schäffern, der infolge seiner aufrechten Stellung und seines wohlbildigen Aussehens allen Ernst zu Unzufriedenheit hat, wollte anlässlich dem „freien“ Erbauer an die Kehle gehen. „Wir“ gut, doch aus diesem genugende Rüste hielten zur Seite waren. Ein gehörig formidabler Standort haben es die Herren Deutschnationalen wahrscheinlich nicht fehlen lassen.

Zum ersten Mal fanden Sozialdemokratische Versammlungen statt, in Kärrnig am 7. Februar, am 8. und Rommenau am 10. Februar. Beide fanden die sachlichen Ausführungen der Genossen Schäffer, Schäffner und Konsolle entgegen. Das ist im Lo weniger zu verwundern, als betrachtet der Großteil ist, um das nicht gelehrte hat und durch sein herziges Auftreten und Reden auf klug veraltete Rechte gemäßigtes Ansehen zu erlangen gilt. Die Versammlungen in Kärrnig fanden in kleinen Räumen statt.

Wolfsdorf. 25. Februar 1920. Im kleinen Monat stand hier eine Wahlenverhinderung statt. Genossen Schäffer kam aus seinem Grünen Gelände nicht erscheinen, aber der neue Genossen Dittmer aus Wittenberg kam. Beide waren aus dem Bezirk ausgewählt. Dittmer und Schäffer legten eine Tabelle an, welche die Gewerkschaften und Parteien aufzuführen. Der Vorsitzende schrieb: „Die Gewerkschaften und Parte

Stadt-Theater.

Freitag 7 Uhr:
11 Uhr.
Sonntags 7 Uhr:
Drehens in der Unterwelt
Sonntag 9 Uhr: Rödels.
Gomring 7 Uhr: Der Preßdach.

Lohs-Theater.

Tagt 7½: Blaukästchen Ton.

Thalia-Theater.

22 Uhr: Semperoper Solist.

Schauspielhaus.

Operettentheater, Tel. Ring 2645.
Heute und tagl. 7½ Uhr:
Die Blaue Magie.
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
Die Rose von Stambul.

Lieblich-Theater

Täglich 7½ Uhr:

Illenebeis Löwenund das glänzende
Februar-Programm.**Golbthe Union Cottes.****Zeltgarison**

Täglich 7½ Uhr:

Vollständig neue**Spezialitäten.**

Volkstümliche

1929 Eintrittspreise.

Dominikaner

Stern-Zeitung

Haben Sie schon

Konzert-Schlüssel?

8 Herzen

8 Dame

Zeil kommen, guter Platz!

Kleiner Eintrittspreis 1

Ober-Bayern

Sonne Freitag:

Bodfest

A. L. Schmid.

Überzeugungen

Fischer-Gasse.

Oberländer, 1929

Grimm 20

Beschlägen gratis.

Fledermaus-**Lichtspiele**

Glauber Stadtgraben 21

Spielplan von

Freitag bis Donnerstag:

Großes Schauspiel

in 5 Akten

mit

Lydia Mara

in der Hauptrolle

Die Prinzessin

vom Nil

Ferner 1929

Das Schicksal

des

Edmund Hall

in der Hauptrolle:

Erna Morena

Drama in 4 Akten

bearbeitet nach den

Romanen von

Madame d'Or

Jupiter

Lichtspiele

Bergstraße 5022.

Kay Hoog

in

Kamp gegen die

Abenteuer-Mutter

Die Spieler

der Schule im

Goldenen Seell

5 gewaltige 200.

Szenen:

Die Liebeskunst?

in der

Ritter-Schule

3½

Stundenabend

1000

Stundenabend</

Freitag, den 18. Februar 1921.

Beilage zur Volkswacht

Freitag, den 18. Februar 1921.

Wuf, zur letzten Flugblatt-Verbreitung! am Freitag von 4½ Uhr ab. Mann und Frau und die gesamte Arbeiter-Jugend Auf zur Arbeit! Keiner versäume seine Pflicht!

Treffpunkt in allen Distrittslokalen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Februar 1921.

Heute um 7½ Uhr abends

5. Versammlung.

Ort: Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17; Grüner Markt 20; Zentral-Galliaal, Westendstraße 52; Grüner, Pöpelwitzstraße; Bergfeller, Leichtlaufstraße.
Redner sind die Vorsitzende und Provinzial-Vorstandskandidaten.

Auf zur General-Abrechnung mit den Verderbern Deutschlands

Gastwirtsgesellschaft, Münster, Theater- u. Kino-Ungestellte!

Freitag nacht 12 Uhr im Saal des Gewerkschaftshauses

6. Versammlung.

Wahlhelfer!

Alle am Wahltag zur Mitarbeit bereiten Genossen treffen sich zur letzten sehr wichtigen Zusammenkunft

Sonnabend, den 19. Februar, abends 7½ Uhr
in allen Distrikten in den Distrittslokalen.
Alles sei zur Stelle!

Verteilung der Arbeiter-Jugend. Heraus zur Flugblattverteilung heute von 4 Uhr ab im Distrittslokal bei Elgner,
Viertelstraße 42/44.

Distrikt 9 ist die Zusammenkunft im Jugendheim, Promnitzstraße 45/47.

Distrikt 20. Die Flugblattverteilung geht von Thomas, Trebitzstraße 23 aus.

Die Zusammenkunft am Sonnabend ist aber im Wahllokal bei Kienast, Endersstraße 23.

Von roten Ketten macht Euch frei...

I.
Den an Sozialisierung, Kommunalisierung, Steuern und Finanznot — bei der Preußenswahl! Im Ortsblatt ist's zu lesen und dem Mittelstand gelten diese Worte. Dem braven Bürger gespielt; der Kunde willt, Ernehrung kostet auf: Mein Bruder, meine Christ will man mir nehmen... Der kleine Mann gerät in immer größeren Elfer; er, dem sonst die Seele über alles geht, eilt in die Versammlung der Deutschen Volkspartei, ver nimmt Sprechworte wie im Rausch: Vaterland... Revolution... Dschöß von hinten... Anarchie... Bolschewiken... Unertüchtige Squidens... Steuern für den Mittelstand... Futterkrippen... Mittelstandstreter: Die Deutsche Volkspartei!
Es brennt sich der brave beruhigt eine schwere Zigarette an, das sättigt die Nerven. Er summert sich sonst nicht um Politik — das gibt nur Missbehagen und Unrat —, aber in solchen Zeiten muss man schon ein Opfer bringen.
Auf dem Heimweg geht ihm ein Zwischenruf immerfort durch den Kopf: „Es kann es auch Mittelstandstreter?“ Das klang so höhnisch, so wuchtig. Aber der Redner hatte nicht darauf geantwortet. Ob er es nicht vernommen? Das konnte nicht sein. Er hatte auch schon den Namen mehrfach gehört und gesehen. Er drückte und drückte, und wollte seinen Begleiter, den Bäckermeister, um Aufschluss bitten — aber er fürchtete sich zu blamieren, weil er so wenig von Politik ver stand....

II.
Doch, man muss es der Stimmenspartei lassen, sie verleiht ihr Goldstück. Diesmal war es ein „Arbeitersekretär“, der im Nachbardorf zu Industriearbeitern sprechen sollte. Meine Gesinnungsgenossen waren ganz enttäuscht, wie man diesen den Industriearbeitern bieten konnte. Ich beruhigte sie schließlich mit dem Hinweis: Wir werden hingehen und sehen, wer die Gimpel sind:

„An die hundert Männer und Frauen waren erschienen; einige Oberlehrer, einer der Herren Direktoren, rechte Praktizisten, der Bürgermeister und Bureaubeamte männlichen und weiblichen Geschlechts saßen in hinterer Reihe neben und hintereinander.

Endlich kam auch der Redner des Abends, der Herr Arbeitersekretär, Abgeordnetenlandtags in diesem Kreis. Was ist es, das er an feierlicher Stelle prangte? Ob er vielleicht noch nicht ganz zuverlässig war? Nun, was der frühere „Arbeiter“ breitpuriig an ökonomischer und historischer Willenskraft verzauste, ließ diesen Zweifel nicht zu. Auf seine Arbeitererfahrung tat er sich viel zugute, sprach gelassen das große Wort: Wir müssen „intensiv“ arbeiten, länger rütteln, mehr entbehren, dem Fraumann die Türe weisen, einen starken Führer, einen Monarchen haben. Und schließlich lobte er Stimmes ob seiner Tüchtigkeit dessen „Nationalsozialismus“ in Spa vertrieben er wohlweislich!. Und als ihr Zwischenruf auf die ungeheuren Reichtümer dieses Einen und die Finanznot des Reiches als auch die Lebenshaltung der Arbeiter verweisen, erklomm der Sprecher der Rebe höchsten Gipfel: „Auch der Mann kann sich nur sattessen! Und überdies trägt er keine Bügelketten an den Hosen“

Die ergänzten einige hohe Gesichter und lächelten zustimmend, ein paar Bureaubeamte und Bürgerfrauen sahen Riesen des Missfalls auf. Wie beschissen dachten sie. Buchhändler und Prokuristen aber schauten wohlgefällig an ihren Hosentaschen hinunter.

III.

Direktor Roth hatte von seiner Partei neben einer Zahlkarte und einem Rundschreiben einige auch für ihn brauchbare Worte zur Stimmungsmache für die Landtagswahl erhalten. „Nun — man konnte es ja erwarten.“ Den Bureauvorstehern des großen Werkes wurden Aufzähle- und Sammellisten für ihre Unterstellen ausgehändiggt. „Sein zwang natürlich, meine Herren!“ So hatte er seine kurze Einweisung beendet. Das war Diplomatik. Die großen Bureauvorstehrer waren ihm von vornherein sicher und mancher andere würde sich schon noch davonreden, so dachte er insgeheim. Und zugleich sah er dass als Kunden auch die Männer für die

Partei zu „werben“. An jedem Vormittag ging er fortab bis zum Tage der Wahl durch die Büros, mit ein wenig weniger gestreng, ja fand hier und dort ein wohlgefälliges Wort. Und manches Auge dicke möhigfäliger ihm nach. Der verläterte, geschrägte Herr Direktor stieg merlich im Stimmungsrücke. Eine Sorge aber umdrückte des Direktors Hirn noch: Wie konnte er die Arbeiter lassen, ihnen imponieren. Da kam ihm eines Morgens der rettende Gedanke. Er ließ den Abteilungschef für Arbeiterwohlfahrt kommen und beprach mit ihm die „Sage“. Bekreidigt gingen die beiden nach einstündiger Konferenz auseinander. In den folgenden Tagen las man an allen Infrastrukturen im Betriebe, daß Stoffe, Anzüge, Hosen, Unterwäsche, Stiefel zu Spottpreisen vom Werk zu entrichten seien. Der Abteilungschef hatte sichtlich durchdrungen lassen, daß solches nur dem „sozialen“ Empfinden des Direktors und seiner Einsicht in die schlechte Lage der Arbeiter zu verdanken sei.

Wer raust die Milch uns weg?
Wer frisst sich dick und fett
An Wurst, Gemüse, Obst und Speck,
An Schinken, Braten und Gebäck?
Wer hungert uns am liebsten tot?
Wer ist's? Wer ist's? Der Patriot!
Er schlemmt an seiner table d'hôte,
Macht unentwegt in Schwarz-Weiß-Rot...
Wüßt ihr nun, wer uns alles frisst?
Vom Hakenkreuz, der fromme Christ!

Schornsteinfeger mit der Leiter.

Wählt Deutschnational! Wählt die Liste an deren Spitze Schornsteinfeger-Obermeister Conrad steht, so ruft ein Flugblatt „allen Anhängern des Christentums“ zu. Denn die Sozialdemokratie will „den Einfluss des Christentums beseitigen“. Die Deutschnationalen wissen bekanntlich den Wähler immer zu packen, wo er am dümmsten ist, und vielleicht gibt es auch Freude, die Comradis schwarzer Leiter in den Himmel steigen zu können, aber groß wird ihre Freude nicht sein. Denn das Märchen vor der „Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie“ ist doch schon gar zu alt und abgebräucht, um noch eine Zugkraft zu haben. Zwar sind wir „unchristlich“ genug für den Frieden auf Erden einzutreten, während die Deutschnationalen den Krieg wollen, zwar sind wir gegen das Sammeln von Schäcken, die Motte und Rost fressen, woran die Deutschnationalen Wucherer und Schieber so großen Gefallen finden, zwar meinen wir, wer z'we'e Röde besitzt, soll dem einen geben, der keinen hat, während sich die jungerlichen Besitzer von zu vielen Rädern lieber noch einen Pez dazu kaufen, und wir könnten so am Tag der Bibel die Anzahl der „gottlosen Fortbewegungen“ der Sozialdemokratie noch beliebig vermehren, doch was würde damit bewiesen sein? Wir stellen nur fest, daß die Deutschnationalen durch einen Gottverfluchten Krieg unzählige Kirchen zerstört haben, während durch die Sozialdemokratie noch kein Mensch gehindert wurde, in die Kirche zu gehen. Auch ist durch die Revolution keine einzige Kirche zerstört worden. Wenn die Deutschnationalen wirklich so fromme Leute sind, als die sie sich ausgeben, dann sollen sie Deutschlands Untergang, den sie herbeiführen haben, als eine Strafe des Himmels für ihre Politik ansehen, und Buße tun in Sac und Alte. Sie haben Millionen von Männern ins Massengrab gestürzt, Millionen von Frauen und Kindern frank und sich werden lassen, auf Comradis Leiter aber durfte schwerlich jemand in den Himmel kommen.

Sind wir auch Staatsbürger?

Eine hier erscheinende Wahlzeitung, die „Neue Breslauer Bürgerzeitung“, ärgert die „Schlesische Zeitung“ gewaltig. Sie hoffte, ihre Parole zur Einigung des Bürgertums unter deutschnationaler Führung darin zu finden, und findet statt dessen, daß das Blatt für die Sozialdemokratie eintritt, um gegen die Ogegenseitigen und ihre innen- und außenpolitische Gefahr Abwehr zu finden, um den Preis zu holen und die von den Deutschnationalen geschaffenen Parteien zu bekämpfen, um den Arbeiterstand Oberschlesiens nicht von Deutschland abzuschneiden. Das Blatt ist rot, es darf sich nicht „Bürgerzeitung“ nennen, verlangt das Komitee. Nun, wir Sozialdemokratien sind zwar keine Staatsbürger, aber die Vorkämpfer der gleichen Rechte aller Staatsbürger, daher auch anderswo sogar unsere Parteiblätter „Bürgerzeitung“ heißen. Die „Schlesische“ aber möchte natürlich auch das Staatsbürgererecht auf die Kreise ihrer Freunde einschränken, wie im alten Preußen das Dreiklassenwahlrecht des militärischen und autokratischen Obrigkeitstaates. Wer nicht entschieden wider sie ist, ist für sie! Darum jede Stimme der Sozialdemokratie!

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Bolschies und Künstler.

Der Hinweis darauf, daß am kommenden Mittwoch, den 23. d. Ms., Krauküste Klässie wieder bei uns singt, dürfte genügen, um unsere Konzertbesucher davon zu überzeugen, daß dieser Abend allen Wohlhabernden eine große Freude bereitet wird, hat sich doch diese Sängerin durch ihre Mitwirkung in unseren Konzerten allgemeine Volksliebe erworben.

Der Vorragende, Univ.-Prof. Dr. Schneider, hat zu seinem Vortrag, der uns in die Beziehungen von Kultus und Kunstlied einführen soll, eine große Zahl der schönsten Volkslieder ausgewählte: „Jetzt gang i eine Brünnele“, „Kein Feuer, keine Röde“, „Du, du liegt mit im Herzen“, „Da unten im Tale“, „Mein Möbel hat einen Rosenmund“ etc. teils in dem Sach von Johannes Brahms, teils von Dr. Edm. R. für Klavier geklebt, der am Abend auch die Klavierbegleitung übernommen hat. Und bei den Liedliedern finden wir auf dem Programm alle die großen Lieb-Kompositionen genannt: Mozart, Beethoven, Schubert, Schumann, Hugo Wolf und Max Reger, lobsah wir durch die Veranstaltung eigentlich einen Liederabend von Frau Adel. Röder Jäger erzielte haben, mit einer Liebauswahl, wie wir sie uns nicht schöner wünschen können.

Karten zu diesem Abend (alle nummeriert) sind von heute ab an den bekannten Verkaufsstellen zum Preise von 250 Pf. zu haben.

P.A. Lebensmittel-Markenausgabe.

Von Montag, den 21. Februar, bis Sonnabend, den 26. Februar 1921, werden ausgegeben:

1. Sammelmarkenbögen für 9 Wochen,
2. Sammelmarkenbögen für hoffende Mütter,
3. Zusammensetzung für März-April 1921,
4. Sonderzusammensetzung über 1 Pfund, gültig März 1921,
5. Milchmarken für März-April,
6. Sondermarken Nr. 11 und 12 für hoffende und stillende Mütter,
7. Spiritusmarken (Haushalte, denen Spiritusmarken zustehen, erhalten diese in doppelter Anzahl. Die Marken alten Wissers erhalten neben den neuen ihre Gültigkeit),
8. Nährmittelmarken weiß und rot.

Ausgabezeit von 8 bis 2 Uhr.

Mehreres an den Abschlagsläden.

Es holen ab:

- Gruppe 1 und 2: Montag, den 21. Februar 1921,
Gruppe 3 und 4: Dienstag, den 22. Februar 1921,
Gruppe 5 und 6: Mittwoch, den 23. Februar 1921,
Gruppe 7 und 8: Donnerstag, den 24. Februar 1921,
Gruppe 9 und 10: Freitag, den 25. Februar 1921,
Gruppe 11 und 12: Sonnabend, den 26. Februar 1921.

Ausgabezeit von 8 bis 2 Uhr.

Der Lebensmittel-Bezugsschein, der Berechtigungsschein für hoffende Mütter, der vom Arzt unterschriebene Ausweis für stillende Mütter und von den Spiritusmarkenempfängern die vorgeschriebenen Erklärungen sind mitzubringen.

Wer die vorstehenden Berechtigungsscheine nicht vorlegt, muß abgewiesen werden, weil ohne Vorlage dieser Bezugsschein eine Marken nicht ausgegeben werden können und auch eine teilweise Ausgabe der Marken nicht angegangen ist.

Die Marken sind genau am festgelegten Ausgabetermin abzuholen. Sünnige erhalten ihre Marken er, von dem der Ausgabewoche folgende: Montag, ab und nur gegen eine Gebühr von 1 Mk. Außerdem setzen sie sich der Gefahr gerichtlicher Bestrafung aus.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Markenausgabe für 9 Wochen stattfindet und daß aus Betriebsrücksichten nach 2 Uhr niemand mehr abgesertigt wird.

Berelegung von Ausgabestellen.

Ausgabestellen 4 und 4 Nebenstellen je 1 je 1 Palmsstraße 5, Nebenstellen B, C Lautenthalstraße 82, Turnhalle der Margaretenchule. Ausgabestellen 5 und 16 je 1 je 1 Johannisstraße 5, Turnturnhalle, Eingang Neue Antoniusstraße.

Ausgabestellen 13 und 15 je 1 je 1 Clausenstraße 33/35, Schule. Nebenstellen A, B, C Mauritiusstraße 84/88, Schule. Ausgabestellen 18 und 19 je 1 je 1 Steinstraße 34/38, Schule. Nebenstellen A, B, C Turnhalle.

Ausgabestellen 20 und 26 und Nebenstellen A, auch Nebenstelle 26 je 1 je 1 Baracke Wenzelstraße. Nebenstellen 20 B, C und 26 C Friedberg, kleiner Saal.

Ausgabestellen 24 und 25 je 1 je 1 Liegnitzerstraße 28, Schule. Nebenstellen A, B, C Turnhalle.

Ausgabestellen 10 u. 27 u. Nebenstellen A je 1 je 1 Werthaus Medergasse 8. Nebenstellen B, C Matthisstraße 112, Durchgang zur Turnhalle Weterlostraße.

Im Kampf gegen die Tuberkulose.

Der ungeheure Aufstieg der Tuberkulosensterblichkeit während des Krieges macht es notwendig, daß sich alle Kreise an dem Kampf gegen diese verheerende Seuche beteiligen. Um auch Laien die notwendigen Kenntnisse zur Verhütung und Bekämpfung der Tuberkulose zu übermitteln, sprach am Montag abend Primärarzt Dr. Seidelmann im Rahmen einer Vortragsreihe des Breslauer Ausschusses vom Roten Kreuz im Auditorium maximum über „Lungentuberkulose“. Angesichts der erstaunlichen Tatfrage, daß jährlich in Deutschland etwa 100 000 Menschen an Tuberkulose sterben, jeder 4. sterbende Mensch dieser furchtbaren Seuche erliegt, muß es die Hauptaufgabe der Volksgesundheitspflege sein, die weitere Ausbreitung zu verhindern. Der Redner gab darauf einen kurzen Überblick über den heutigen Stand der Tuberkulosenbekämpfung, nach der entgegen früheren Ansichten, die Tuberkulose bei fröhlicher ärztlicher Behandlung und vernünftiger Lebensweise des Kranken eine heilbare Krankheit ist. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß die Tuberkulose, die ausgeschriebene Wohnumgebung und Familie traurig ist, also doch wohl vorwiegend eine Krankheit der unbemittelten Stände, wenngleich die Tuberkulose kein Alter und keinen Stand verschont. Erstrebenswert, aber wohl kaum möglich, unmöglich wäre die Unterbringung aller Schwerverkrankten in gesonderten Anstalten. Die Sezari ist Tuberkulosen vom gesetzlichen Standpunkt aus zu widersetzen. Die geistlichen Bekleidungen befürworten sich bisher auf die Meldepflicht der Tuberkuloseinfektion und die Schlussbesetzung. Das in Aussicht genommene „Tuberkulosengegesetz“ plant die Ausdehnung der Meldepflicht auf alle Tuberkulosekranken. Wagnende Erfolge haben die staatlich eingerichteten Fürsorgestellen, die jeden Tuberkulosen in seinem eigenen Interesse aufzuführen scheinen.

In den Vortrag, der vor den zahlreich erschienenen Hözern mit reichem Beifall aufgenommen wurde, hollossen sich erfahrene Tuberkuloseärzte zusammen. Zum Schluß gelangte ein von dem Deutschen Zentralausschuss zur Bekämpfung der Tuberkulose herausgegebener Film „Die Tuberkulosefürsorge im Film“ aus Anfang des Jahres, der die erfolgreiche Tätigkeit der Fürsorgestellen und einen Ausblick in der Zukunft zeigte.

* Stadttheater. Heute Freitag 7 Uhr: „Rida“. Sonnabend 7 Uhr: „Der Herr in der Unterwelt“. Sonntag nachmittags 3½ Uhr: „Fidelio“. Abends 7 Uhr: „Der Freitrag“.

* Vereinigte Theater. Wegen Erkrankung des Herrn seit gestern die Sonntag-Nachmittagsvorstellungen im Vereinigte Theater (Die deutschen Kleinkünste) aus. Im Stadttheater wird Sonnabend nacht „Römer“ aufgeführt.

Aus der Provinz Schlesien.

Hoffmann, der Expresser.

Der biedere Ehrenmann, welcher den Deutschnationalen das Material gegen die Landarbeiterhilfe gefertigt und in einem von dieser Gesellschaft bezahlten Flugblatt verbreitet hat, ist jetzt als moralisch minderwertiges Subjekt entlarvt.

Wir kennen heute schon feststellen, daß von einem Kriegsvergleich, dessen Notlage der Hoffmann heutete, die Anklage wegen versuchter Expressierung eingereicht wird, und das gesamte Material der Expresserbriefe ist bei einem Liegnitzer Rechtsanwalt deponiert.

Dieser Hoffmann hat einem früheren Kriegskameraden vorgespielt, er sei ein reicher Mann, und wollte diesem Kriegskameraden 10.000 Mark Darlehen binnen drei Tagen geben. Er kost und Logis wohnte, brachte es keinen Heimweg, weil sein Vermögen Schwundel war. Er verlor eine sechzehnjährige Schwägerin des Kriegskameraden zu verführen unter der Vorstellung, daß er ledig sei und sie betrügen werde. Dabei lebt die Familie dieses biederen Ehrenmannes der Deutschnationalen Partei im größten Elend, weil dieser Hoffmann sich um seine Familie nicht kümmert.

Dieser Hoffmann hat sich im Kontor einer ehrlichen Firma als Vertreter von Grundstücken und vermögenden Mann ausgeben. Er äußerte sich zu Zeugen, die uns zur Verfügung stehen, „daß er

auf der Straße keinen Arbeiter berühre, um sich nicht zu beschmutzen“.

Die Gerichte werden ja in nächster Zeit Gelegenheit haben, sich mit diesem deutschnationalen Ehrenmann etwas näher zu befassen, und die Tatsache feststellen, daß die Deutschnationalen skrupellos jedes moralisch minderwertige Subjekt als Eideshasser gegen ihre politischen Gegner willkommen heißen.

Scheibit. Am 11. 2. abends 3 Uhr fand hier eine deutsch-nationale Versammlung statt, welche gut besucht war. 2/3 der Anwesenden waren unsere Genossen. Der Redner, ein Herr Tischlermeister Schulz aus Berlin, wollte sich hier seine Leidenschaften holen, aber leider vergebens, denn mit seiner Judenhetze langweilte er die Versammlung nur. Hierauf sprach Genosse Schiller, welcher in kurzen, aber scharfen Worten dem Deutschnationalen die Wahrheit über die Juden, das Lehrlingswesen und das sozialistische Debantmengesch lagte. Herr Heppner aus Hirschfelde sprach noch in schärfer Weise über das Sieboldungsweile und über die Saatmarkter. Von deutschnationaler Seite wollten noch zwei Redner sprechen, konnten aber der großen Unruhe wegen nicht mehr Gehör finden. Ein Oberreiter Genosse sprach noch kurz über die Wahltechnik und forderte zum Schluss die Genossen auf zum Protest gegen solche Verleumdungen den Saal zu verlassen, welchen auch mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie folgte gefeiert wurde. Eine Versammlung brachte einen erheblichen Betrag.

Kapsdorf. Am 13. d. Monats hatten wir eine Wahlversammlung unserer Partei in Kapsdorf, in der Fr. Ehmanns Leitung über Preußenwahl und Sachminister sprach. Als Gegen-

redner meldete sich ein Kommunist, der allerdings sehr beschwichtigend an das Wissen der Referentin stellte. Die Versammlung verlief glänzend und brachte die Tellersammlung 86,20 M.

Eine am Abend desselben Tages abgehaltene Versammlung in Neide über dasselbe Thema war ebenso gut besucht. Der Redner des Abends, Genosse Lehrer Härtig sprach über die wichtige Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtag, zum Provinziallandtag und Kreistage. Weiter beprach er die unter den gegenwärtigen „Kabinetts“ mehr dann je bestehenden Wirtschaftsnoten zwischen Arbeitnehmern, Beamtengehältern und Lebensmittelpreisen, über Sozialsteuerung, die Unzuverlässigkeit der Demokraten bei wichtigen Gesetzesabstimmungen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine klaren und sachlichen Ausführungen.

In der Aussprache meldete ich von den anwesenden Gegnern niemand zum Wort. Eine Tellersammlung ergab 62,50 M. Desgleichen wurden von Genossen Härtig am 13. 2. nachmittags gut besuchte Versammlungen in Rostersdorf und Urichslau abgehalten, die beide guten Wahlerfolg versprechen. Eine Tellersammlung in Rostersdorf ergab 10,50 M., in Urichslau 40,30 M.

Oberschlesier erhebt Einspruch!

Wer erhebt Einspruch?

Antwort:

Der Stimmberechtigte, wenn

1. sein Antrag auf Eintragung in die Stimmlijsten abgelehnt ist.
2. sein Antrag von den paritätischen Ausschüssen zur Entscheidung dem Interalliierten Büro übergeben worden ist.
3. ihm eine Nachricht über erfolgte Eintragung in die Stimmlijsten noch nicht zugegangen ist.

Wann und wo ist der Einspruch zu erheben?

Antwort:

Sofort auf dem Büro der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimatfreuer Oberschlesier. Hierzu die aus Oberschlesien zugehende Benachrichtigung mitbringen, falls solche eingetroffen ist. Letzter Termin zur Einlegung des Einspruchs bei der Ortsgruppe Sonnabend, den 19. Februar, 6 Uhr abends.

Wie hat der Einspruch zu lauten?

Antwort:

Der Einspruch ist eingehend zu begründen und mit Datum und Unterschrift zu versehen. — Die Ortsgruppen geben jedermann hierzu genaue Auskunft!

Was ist die Folge, wenn **wenn** sofort Einspruch erhoben wird?

Antwort: Stimmbefreiung!

Vereinigte Verbände heimatfreuer Oberschlesier Ortsgruppe Breslau.

Konsum- u. Spar-Verein "Vorwärts"
Für Breslau u. Umgegend
Centrale u. Sparkasse
Tauentzienstraße 127/131

In unseren Bekleidungsabteilungen bietet sich Gelegenheit zum vorteilhaften Einkauf von Herren-, Damen- u. Kinderkleidung. Wir haben noch einen Posten billige Joppen und Kindermäntel. Ferner weisen wir hin auf unser Lager in Erstlingswäsche. Der Besuch unserer Verkaufsstellen am Neumarkt 12 u. Weinstr. 72 lohnt sich.

Strumpfhosen, Tricotlagen, Handschuhe
ganz besonders billiger Verkauf
auch von Sommerartikeln zu Engrospreisen
Verkauf täglich von 9-1 und 3-5 Uhr
Nur Gabitzstraße 28, neben dem Postamt.

Rudolph Balhorn Toilette-Artikel
Seifen- und Parfümerien-Fabrik
Verkaufsstellen: 17754
Schwalbenneststr. 4 :: Friedrich-Wilhelmsstr. 8
Uhrentz. 3 :: Lohestr. 53 :: Nützenstr. 92

In der Privatangeklagte des Wilhelm Siegmund in Breslau, Privatläger, gegen den Redakteur Ernst Zimmer in Breslau, Angeklagter, wegen Beleidigung hat das Schöffengericht in Breslau in der Sitzung vom 16. Oktober 1893, an welcher teilgenommen haben: Landgerichtsrat Banbury als Vorsitzender, Landgerichtsrat Holte, Tischlermeister Rasko als Schöffen, Justizrat Georgi, als Gerichtsschreiber für Recht stimmt.

Der Angeklagte wird wegen Beleidigung zu vierhundert Mark Geldstrafe, erfüllbarweise 40 Tagen verurteilt. Dem Privatläger wird die Befreiung zugestanden, binnen zwei Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten durch einehafte Einwidmung des entscheidenden Teiles des Urteils in der Breslauer Polizeiarchiv beauftragt zu machen. Gedanke von: Banbury.

Ausgeführt und die Rechtskraft desselben bestätigt.
Breslau, den 26. Januar 1921.
Herr: (Unterschrift)

